

CDU-Wahlprogramm für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 21.10.2001

September 2001

Volles Programm für Wirtschaft, Jobs und Sicherheit

Berlin ist keine Stadt wie jede andere. Nirgendwo sonst wurde die Nachkriegsgeschichte so hautnah erlebt und erlitten. Von Berlin wurde die Botschaft vom Ende des Eisernen Vorhangs in alle Welt ausgesandt. Lange Zeit ein Symbol von Teilung und Kaltem Krieg, ist Berlin heute ein Symbol für den Sieg der Freiheit.

Auf der Basis dieser Freiheit gestalten wir heute die Zukunft. Freiheit darf nie wieder in Frage gestellt oder durch wie auch immer begründete Bevormundungen relativiert werden. Freiheit und Sicherheit sind untrennbar miteinander verbunden.

In den Jahren des gemeinsamen Aufbaus hat Berlin sein Gesicht entscheidend verändert. Stück für Stück wird die Teilung überwunden. Selbst die SPD hat festgestellt, dass Berlin in den letzten Jahren unter Führung der CDU „Maßstäbe gesetzt“ hat bei der Wiederherstellung der deutschen Einheit. Doch wenn sie gleichzeitig den Wiederaufbau der Stadt als weitgehend abgeschlossen erklärt, ist dies falsch.

Die Berlinerinnen und Berliner haben eine gewaltige Aufbauleistung erbracht. Wer mit offenen Augen durch die Stadt geht, erkennt das Geleistete. Doch noch immer gibt es viel zu tun: in Ost und West. Doch jetzt ist Sand ins Getriebe geraten. Die rot-rote Koalition hat die Stadt aus dem Tritt gebracht.

Im Interesse Berlins hat die CDU immer auf eine Politik des Ausgleichs und auf breiten Konsens gesetzt. Denn für uns ist klar: Erst die Stadt, dann die Partei.

Nur wer nichts tut, macht keine Fehler. Aber nach 10 Jahren großer Koalition kann von den Beteiligten niemand ernsthaft behaupten, in diesen 10 Jahren nicht dabei gewesen zu sein. Die SPD macht es sich zu einfach: Denn nach dem Krieg hat sie nur insgesamt 8 Jahre keine Regierungsverantwortung in Berlin getragen.

Die Probleme der Bankgesellschaft, die im Wesentlichen auch auf dem schwierigen Immobilienmarkt in den neuen Bundesländern beruhen, sind genauso lösbar, wie alle anderen schwierigen Aufgaben der Stadt, die wir erfolgreich in Angriff genommen haben. Die große Koalition ist nicht wegen der Bankenkrise geplatzt. Sie wurde von der SPD in der Absicht aufgekündigt, sich im Bund wie in Berlin eine weitere machtpolitische Option zu verschaffen.

Durch das gemeinsame Handeln von SPD und PDS wird die Stadt unnötig polarisiert und gespalten. Der Versuch mit aller Macht eine linke Mehrheit zu organisieren, schwächt Berlins Ansehen und Reputation; dies in ohnehin schwieriger wirtschaftlicher Lage. Denn der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Offenbarungseid der rot-grünen Bundesregierung mit Inflation und Stagnation sowie einem Wirtschaftswachstum, das unter dem europäischen Durchschnitt bleibt, schlägt auf Berlin voll durch. Schröders verfehlte Politik kostet Berlin täglich Unternehmensgründungen, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen.

Deshalb dürfen in Berlin nicht dieselben fatalen Fehler gemacht werden wie im Bund. Im Gegenteil: Wir wollen die Ärmel hochkrempeln, die wirtschaftliche Dynamik in der Stadt fördern und Schröders verfehlter Politik beherzt entgegensteuern.

Wir wollen die schnellst mögliche Erweiterung der Europäischen Union nach Osten; und wir wollen noch in diesem Jahrzehnt die Fusion der beiden Länder Berlin und Brandenburg verwirklichen. Beides wird die Region Berlin-Brandenburg stärken, gleichzeitig wird Berlin seinen historischen Platz in der Mitte Europas wieder finden. Wir wollen uns rüsten für diese Herausforderung, unserer Motor- und Vorbildfunktion gerade für den europäischen Einigungsprozess nachkommen. Denn auch heute sieht die Welt auf unsere Stadt.

Wir wollen nicht irgendein Berlin. Sondern wir arbeiten an dem neuen Berlin, das sich auf der Basis seiner Erfahrungen und seiner Geschichte zu einem führenden europäischen Zentrum entwickelt: Eine besondere Stadt mit gewachsenem Charme und lebenswerten Kiezen; eine pulsierende Metropole, tolerant, charmant, kreativ und offen auch für bunte Lebensentwürfe. Eine Metropole, die Menschen, die etwas probieren, schaffen und leisten wollen, anzieht und begeistert. Eine Metropole, die allen Berlinern Sicherheit bietet und Chancen für alle ermöglicht.

Der bei unseren amerikanischen Freunden verübte menschenverachtende Terroranschlag gegen die freie Welt macht uns allen deutlich, dass der liberale Rechtsstaat vor besonderen Herausforderungen steht. Extremismus, Terror und Gewalt schon im Ansatz bekämpfen, Freiheit und Offenheit der Gesellschaft erhalten; das ist die Aufgabe, vor der wir stehen.

Wir suchen den Schulterschluss mit all denjenigen, die nach vorne blicken, denen Berlin wichtig ist und die sich den Werten unserer christlich-abendländischen Kultur sowie der freiheitlichen Demokratie verpflichtet fühlen. Bei aller Offenheit für das Neue wissen wir auch, wo wir herkommen und wo wir hingehören.

Gerade in der heutigen Zeit des raschen Wandels, die wir mit Globalisierung, technologischer Revolution und Individualisierung beschreiben, wollen die Menschen, dass der Zusammenhalt unserer Gesellschaft auch in der Zukunft gewahrt bleibt. Wir nehmen die Menschen ernst mit ihren Hoffnungen und mit ihren Ängsten: Die Jungen mit ihrer Neugier auf die Zukunft; Familien und Kinder, die ein Recht auf mehr Rücksicht und Unterstützung haben; Ältere, die angesichts ihrer Lebensleistung Sicherheit erwarten und gleichzeitig an den neuen Entwicklungen teilhaben wollen; Arbeitslose, die sich ausgegrenzt fühlen.

Unsere Politik richtet sich an alle Berlinerinnen und Berliner. Wir stehen für ein wirtschaftlich erfolgreiches Berlin. Für eine sozial faire Gesellschaft. Und für Sicherheit im Alltag. Für ein lebenswertes und dynamisches Berlin. Wir sind entschlossen, Berlin in eine gute Zukunft zu führen.



1. Wirtschaft stärken, Arbeitsplätze schaffen, Finanzprobleme lösen

Berlin ist nur so stark wie seine Wirtschaft. Die Lösung der Finanzprobleme liegt nicht allein in der Ausgabenbeschränkung. Sicher müssen wir an den richtigen Stellen sparen, doch die Haushaltssanierung begreifen wir an erster Stelle als eine wirtschaftspolitisch gestaltende Aufgabe. CDU-Politik setzt daher auf neue Unternehmen in Berlin, mehr Existenzgründer und verbesserte Rahmenbedingungen, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen: Dies bringt neue Arbeitsplätze und zusätzliche Steuerzahler. Für uns ist klar: Innovation und unternehmerische Kreativität sind in Berlin willkommen.

Zur **Haushaltskonsolidierung** gibt es keine Alternative. Bereits in der Vereinbarung zur großen Koalition 1999 wurde festgelegt, dass es ab 2009 keine Nettoneuverschuldung mehr geben soll. Die CDU hält an diesem Ziel fest.

Berlin ist die Hauptstadt aller Deutschen. Viele Aufgaben, die Berlin heute selbst finanziert, sind Hauptstadtaufgaben. Wir erwarten daher vom Bund eine **faire Lastenteilung**. Diese ist heute vor allem in den Bereichen Innere Sicherheit, Kultur sowie bei den teilungsbedingten Lasten (sozialer Wohnungsbau) nicht gegeben. Die Unterhaltung der Museumsinsel, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz und die Staatsoper sind eindeutig Bundesaufgaben.

Wir müssen die **Einnahmen** der Stadt durch Steigerung der Steuerkraft kontinuierlich erhöhen. Dieses Ziel erreichen wir, wenn wir unsere politische Kraft auf das Ziel verbesserter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen konzentrieren. Wir erreichen es schneller, wenn sich gleichzeitig auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Bund verbessern.

Deutschland muss endlich eine **grundlegende Steuerreform** bekommen, die auch Arbeitnehmer sowie Mittelständler entlastet. Um die dringendsten Probleme zu lösen, muss die Steuerreform vorgezogen werden. Insbesondere die Nachteile für den Mittelstand müssen beseitigt werden. Für Berlin erwarten wir keine dauerhaften Einnahmehausfälle, da sich die Steuerreform selbst finanzieren wird.

Wir wollen Berlin zu einer **kreativen Schmiede für die Wirtschaft von morgen** machen. Dafür betreiben wir eine wirtschaftsfreundliche, klar auf die Soziale Marktwirtschaft gegründete Politik. Berlin soll Existenzgründerstadt Nummer 1 sein, eine internationale Dienstleistungsmetropole, eine erfolgreiche High-Tech-Region sowie eine Drehscheibe der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa. Die industrielle Basis wollen wir stärken.

Wir werden die **Gewerbsteuer** senken. Mittels einer Bundesratsinitiative wollen wir die generelle Abschaffung der Gewerbsteuer erreichen, bei vollem finanziellen Ausgleich für die Kommunen. Gebühren und Abgaben müssen - insbesondere zur Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen - gesenkt werden.



Wir werden unsere **Existenzgründungs- und Ansiedlungsoffensive** fortsetzen, durch:

- Ergänzung der bestehenden 23 Gründerzentren um privatfinanzierte Zentren, wie z.B. für Biotechnologieunternehmen.
- Werbung für Unternehmerkultur schon in den Schulen.
- Erhöhung der Gründerquote an Berliner Hochschulen.
- Aufbau eines Gründungsnetzwerkes zwischen den Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen.
- Aufbau eines Kompetenzzentrums für eine moderne Investorenbetreuung. Investoren sollen nur eine Stelle (One-Stop-Agency) als Ansprechpartner haben. Das Berlin-Location-Center muss als modernes Akquisitionsinstrument weiterentwickelt werden.
- Fortschreibung des Industrieblänsicherungsprogramms mit dem Ziel, die Ansiedlung von modernen Dienstleistungen zu erleichtern.
- die spezielle Förderung von Frauen, um die Gründerinnenquote zu erhöhen.

Wir werden eine **Technologieoffensive** starten, um das Potential von drei Universitäten, 12 Fachhochschulen, einer Berufsakademie, und 250 außeruniversitären Forschungseinrichtungen voll zu nutzen.

Dazu ist notwendig:

- auch künftig 10% der Haushaltsmittel für Wissenschaft und Forschung aufzuwenden.
- sich erfolgreich an Bundeswettbewerben zu beteiligen.
- möglichst viel Drittmittel einzuwerben.
- Kooperationen mit international erfolgreich tätigen Unternehmen einzugehen.
- eine Qualifizierungsoffensive durchzuführen, die insbesondere auch das Duale Ausbildungssystem verbessert.
- ausgewählte Schlüsseltechnologien (Verkehrstechnologie, Biotechnologie, Medizintechnik, Materialforschung, Informations- und Kommunikationstechnologie sowie die optische Technologie) zu stärken.
- Forschungsergebnisse zügig in neue Produkte und Verfahren umzusetzen, durch verstärkte Kooperation der Berliner Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit Unternehmen.
- durch ein effektives Flächenmanagement Unternehmen zu ermöglichen, sich in der Nähe der für sie wichtigen wissenschaftlichen Einrichtungen ansiedeln zu können.
- den Gesundheits-, Wirtschafts- und Wissenschaftsparks Berlin-Buch auszubauen.
- den Wissenschafts-, Wirtschafts- und Medienstandort Adlershof weiter zu entwickeln.
- den Zukunftsfonds ausreichend finanziell auszustatten.

Alle **Mittelstandsförderprogramme** werden wir zukunftsorientiert weiterentwickeln und in einem Mittelstandsgesetz zusammenfassen. Gerade den kleineren und mittleren Unternehmen kommt eine Schlüsselrolle für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Steueraufkommen zu.

Wir wollen:

- eine handwerksgerechte Vergabepolitik, das heißt eine Vergabe in Fach- und Teillose und eine Beschränkung der Vergabe an Generalunternehmen in begründeten Ausnahmefällen.



- beschränkte Ausschreibungen bei öffentlicher Auftragsvergabe bis 250.000 Euro nach Teilnehmerwettbewerb.
- eine Selbstverpflichtung des Landes zur Einhaltung von Zahlungsfristen und die Verpflichtung zu Abschlagszahlungen.
- eine Weiterentwicklung der Meistergründungsprämie und Erleichterung für das Meister-BAFöG auf Bundesebene.
- Fortsetzung der mit der Handwerkskammer Berlin verabredeten IT-Initiative.
- die Rücknahme des Gesetzes für geringfügige Beschäftigung und des Scheinselbständigengesetzes.
- die Bereinigung von Bestimmungen, die den Arbeitsmarkt belasten.

Wir werden **Gesetze und Verordnungen** auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen. Es muss möglich sein, ein Drittel aller Vorschriften außer Kraft zu setzen.

Berlin braucht eine moderne Verwaltung, um die Bedürfnisse seiner Bürger effizient und wirtschaftlich zu befriedigen. **Bürgerämter** müssen rasch in allen Teilen der Stadt eingerichtet werden. Der Dienstleistungsgedanke noch mehr als bisher Einzug in die Berliner Verwaltung finden. Daher muss die **Verwaltungsreform** konsequent fortgeführt werden.

Die **Mitarbeiter im öffentlichen Dienst** müssen effektiv eingesetzt werden. Die dafür notwendigen Umstrukturierungen setzen Flexibilität auf allen Hierarchieebenen voraus. Auf betriebsbedingte Kündigungen werden wir verzichten.

Unternehmerische Aufgaben gehören in unternehmerische Hand. Der Staat muss sich im Wesentlichen auf seine hoheitlichen Aufgaben konzentrieren. Wir werden die Möglichkeiten einer effizienzsteigernden und sozialverträglichen **Privatisierungspolitik** voll ausschöpfen.

Die **landeseigenen Betriebe** werden wir konsequent modernisieren und für den europäischen Wettbewerb rüsten (insbesondere BVG und BSR). Dazu gehören die Weiterentwicklung eines professionellen Beteiligungsmanagements und eine Konzentration auf das Kerngeschäft. Wir wollen eine bewusste Konkurrenz des öffentlichen Sektors mit der Privatwirtschaft ausschließen.

Berlin und Brandenburg sind ein Wirtschaftsraum, in dem eine abgestimmte Wirtschaftspolitik unerlässlich ist. Im Vorgriff auf die Fusion wollen wir die Wirtschaftsförderpolitik beider Länder eng abstimmen. Ein Zusammengehen der beiden Wirtschaftsfördergesellschaften ist kein Tabu.

Wir werden unsere Rolle als Hauptstadt nutzen, um den **Medienstandort Berlin** weiter auszubauen. Der Bereich der neuen Medien hat unverändert hohes Wachstumspotential.

Wir werden den **Messe- und Kongressstandort** Berlin als wichtigen Faktor für Tourismus und Arbeitsplätze weiter ausbauen. Wir wollen private Investoren für die Messegesellschaft gewinnen und einen Börsengang prüfen. Die Fußballweltmeisterschaft 2006 wollen wir nutzen, um mit dem Aufbau des internationalen Pressezentnums gleichzeitig eine Zukunftsinvestition in die Messe zu



tätigen. Wir halten an der Tourismusinitiative fest, um die mehr als 50.000 Arbeitsplätze in dieser Branche zu sichern und zukunftsfähig zu machen.

Dem kulturellen Geschehen messen wir höchste Bedeutung bei, denn **die Vielfalt an Kultur** ist prägender Bestandteil Berlins. Kultur ist nicht nur ein Teil des öffentlichen Lebens, sie zieht auch viele aufgeschlossene Menschen aus aller Welt an und stärkt die Attraktivität der Stadt. Kultur ist ein wichtiger Standortfaktor. Sie schafft Arbeitsplätze und fördert den Tourismus.

Im Rahmen der **EU-Osterweiterung** wollen wir unsere Standortvorteile nutzen: als Metropole des Wissens, der Forschung und Entwicklung, einer dynamischen modernen Wirtschaft und der kulturellen Vielfalt. Die notwendige, vielfältige wirtschaftliche Förderung durch die Europäische Union wird bei der Ausnutzung dieser Chancen eine wesentliche Rolle spielen. Die Einbeziehung Berlins in die neue Grenzregionenförderung würde wesentliche Chancen gerade für kleine und mittlere Betriebe eröffnen.

Die Beziehungen mit unseren östlichen Nachbarn werden wir auf allen Gebieten vertiefen. Der Ausbau der Kontakte und eine stärkere Vernetzung (insbesondere Verkehrsnetze) mit Polen haben dabei eine besondere Bedeutung. Die **Übergangsfristen für die Freizügigkeit** von Arbeitnehmern (sowie Dienstleistungen) aus mittel- und osteuropäischen Ländern müssen die besondere Situation von Arbeitnehmern, Mittelstand und Handwerk in Berlin berücksichtigen.

Die Position der rot-grünen Bundesregierung ist hierzu nicht ausreichend. Wir brauchen längere Übergangsfristen mit der Option zur Verkürzung.

Der Bankenplatz Berlin profitiert unmittelbar von der Nähe zu den östlichen Nachbarn. Schon heute kommt ein Großteil der Umsätze der Börse und der Banken aus dem Ausland. Die Chancen des Bankenplatzes Berlin sind bei der Sanierung der Bankgesellschaft zu berücksichtigen. Die Sanierung der **Bankgesellschaft** muss nach strategischen Gesichtspunkten erfolgen. Die CDU präferiert auch angesichts der sich ändernden Rahmenbedingungen für den öffentlichen Sparkassen- und Landesbanksektor die zumindest mehrheitliche Privatisierung der Bankgesellschaft.

Das operative Geschäft muss von Berlin aus gesteuert werden. Auch der steuerrechtliche Sitz muss in Berlin verbleiben. Die CDU wird sich allen Lösungen widersetzen, die um eines kurzfristigen finanziellen Effektes willen langfristige Chancen vereiteln, Landesvermögen verschleudern oder Arbeitsplätze exportieren.

Verfehlungen, die zur Schieflage der Bankgesellschaft geführt haben, sind vollständig aufzuklären und mit aller Härte zu verfolgen.

Wir wollen die **Wirtschaft in Schwung** bringen. Denn nicht der Staat schafft Arbeitsplätze, sondern die Unternehmen. Wir wollen, dass deutlich mehr Berlinerinnen und Berliner auf dem ersten Arbeitsmarkt einen zukunftssicheren Arbeitsplatz finden können.

Für die CDU hat der **erste Arbeitsmarkt Vorrang** vor allen öffentlich geförderten Beschäftigungsfeldern. Erfolgreiche Wirtschaftsregionen in Deutschland zeigen, dass eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur mit vielen kleinen und mittleren Unternehmen ein



Maximum an modernen zukunftssicheren Arbeitsplätzen garantiert und sich darüber hinaus in Krisenzeiten als außerordentlich stabil erweist.

Wir werden **Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung** entschieden bekämpfen.

Wir brauchen effektive Kontrollen und wirksame Bestrafungen.

Der öffentliche Beschäftigungssektor ist in der jetzigen Situation zur Hilfestellung für bestimmte Personengruppen unverzichtbar. Die vergangenen Jahre haben aber auch gezeigt, dass die **öffentliche Beschäftigungsförderung** manchmal nur unzureichend Chancen für den ersten Arbeitsmarkt eröffnet. Um Arbeitslose besser in den ersten Arbeitsmarkt integrieren zu können, sind Lohnkostenzuschüsse geeigneter als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Chancen für alle bedeutet für uns, dass wir zunächst bei der Qualifizierung einen Schwerpunkt setzen. Es bedeutet ferner, die Menschen aus der Sozialhilfe- und Arbeitslosenhilfefalle heraus zu holen.

Wir werden einen Schwerpunkt auf die Schaffung von **Wiedereinstiegsjobs** setzen.

Wir erachten es nicht als fair, wenn sich Arbeitslose nur deshalb nicht in den Arbeitsmarkt integrieren lassen, weil das Arbeitseinkommen geringer wäre als garantierte staatliche Transferzahlungen. In Deutschland muss endlich wieder der Grundsatz gelten: Wer arbeitet muss mehr haben, als wenn er nicht arbeitet.

Es muss in Berlin selbstverständlich sein, dass jeder Jugendliche einen **Ausbildungsplatz** erhält. Dazu müssen:

- die Ausbildungsbefähigung junger Menschen, besonders nichtdeutscher Herkunft, erhöht werden.
- die Berufsorientierung in den Schulen verbessert werden.
- die Mobilitätsbereitschaft und Flexibilität von Auszubildenden erhöht werden.
- die Schulabschlüsse eine solide Sprachkompetenz und Ausbildungsbefähigung beinhalten.
- die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen so verbessert werden, dass die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze maximiert werden kann. Die Ausbildung in den Betrieben hat Vorrang. Staatliche Ausbildungsplatzangebote sind immer von ergänzendem Charakter.
- die regionalen Beschäftigungsbündnisse in der Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation einen Schwerpunkt setzen.

Berlin ist eine offene, pulsierende Metropole. Die Beschränkungen für die **Ladenöffnungszeiten** wollen wir weiter reduzieren. Geschäfte sollen werktags von 6 bis 22 Uhr öffnen dürfen.

2. Visitenkarte Berlin – Stadt der Kultur, Stadt des Wissens

Die Zukunft verantwortlich gestalten kann nur, wer sich seiner historischen und geistigen Grundlagen bewusst ist. In der **Kultur** kommen Identität, unterschiedliche Herkunft und Erfahrungshorizonte der Menschen zum Ausdruck. Sie ist ein Bindeglied zwischen den historischen Wurzeln und dem Aufbruch zu neuen Zielen.

Die Vielfalt an Kultur ist prägender Bestandteil der Metropole und Hauptstadt Berlin. Durch die Wiedervereinigung hat das kulturelle Leben einen neuen Höhepunkt erreicht. Berlins Kultur ist der Stolz der Berlinerinnen und Berliner, Quelle ihrer besonderen Identität und der gemeinsame Nenner, auf den sich alle Berliner verständigen können.

Die Berliner CDU hat es sich zur Aufgabe gemacht, die großartige kulturelle Substanz zu erhalten, zu pflegen und zu fördern. Gerade im derzeitigen Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft haben kulturelle Kraftzentren eine wachsende gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung.

Berlins Kulturszene hat jedem etwas zu bieten und zieht dadurch neben Touristen viele junge Menschen, Arbeitnehmer und Unternehmer in die Stadt. Hier treffen Kiez und Kosmos, Staatstheater und Off Szene, Love Parade und Museen, Literatur, Musik, Tanz und Film in bunter Vielfalt aufeinander. Berlins reiches Kulturleben ist eine **Plattform für Begegnungen** und schafft dabei Tausende von Arbeitsplätzen.

Die Chancen des breiten kulturellen Angebots können noch stärker zur Geltung kommen, wenn eine verstärkte Abstimmung zwischen den zahlreichen Angeboten gelingt. Wir streben ein durchgehendes und untereinander abgestimmtes Spielplan-Angebot an. Gerade für den Berlin-Tourismus ist eine **Montags- und Sommerbespielung** von hoher Bedeutung.

Es ist unser fester Wille, dass alle drei **Opernhäuser** mit einem künstlerisch hochstehenden Programm dauerhaft Berlins Kulturangebot bereichern. Dazu ist notwendig, dass die bestehende Ungleichheit in der Ausstattung umgehend beseitigt wird.

Um den **Museumsstandort Berlin** international wettbewerbsfähiger zu machen, wollen wir den schnellen Ausbau des naturhistorischen Museums an der Humboldt- Universität zu einem konkurrenzfähigen Bildungsinstitut. Das Märkische Museum – als traditionelles Zentrum der stadtgeschichtlichen Erinnerung – werden wir rasch als einen attraktiven Informationsort für Alt- und Neuberliner ausgestalten.

Da Kultur eine der großen Produktivkräfte in Berlin ist, gibt es zu einer Sicherung der Kulturinstitutionen durch die öffentliche Hand auch bei schwieriger Haushaltslage keine Alternative. Zur Erhöhung der Planungssicherheit und des eigenverantwortlichen wirtschaftlichen Handelns der Kulturinstitutionen wollen wir für Bühnen und Museen, aber auch für Bibliotheken und freie Gruppen **langfristig angelegte Verträge** nach dem Vorbild der Hochschulverträge einführen. Die unvermeidbaren Tarifsteigerungen müssen dabei berücksichtigt werden.

Wir wollen ferner, dass das **Prinzip des künstlerischen Wettbewerbs** stärker zum Tragen kommt. Deshalb soll in den nächsten Jahren der Teil des Kulturbudgets ansteigen, der von fachkundigen Jurys vergeben wird. Dies garantiert, dass die jeweils neue, junge und noch unbekannte Kultur eine Chance erhält. Mit diesem Prinzip wird auch am besten das Aufblühen der Kulturformen in den Berliner Bezirken gefördert, was mit dirigistischen Maßnahmen nicht erreichbar ist.

In den letzten Jahrzehnten ist in Berlin eine ausgeprägte **Kultur des Erinnerns**, insbesondere an das nationalsozialistische Unrecht und Verbrechen entstanden. In den nächsten Jahren wollen wir die Kultur des Erinnerns an die gesamte deutsche und europäische Geschichte vervollständigen. Deshalb wollen wir das Erinnern an die Geschichte und Opfer der deutschen Teilung und der DDR Diktatur – auch an authentischen Geschichtsorten (Berliner Mauer, STASI-Gefängnis) - hinzufügen. Zur Vorgeschichte der deutschen Teilung gehört auch Flucht und Vertreibung in den Jahren 1945-1947. Das „Zentrum gegen Vertreibung“ soll daher in Berlin entstehen. Berlins preußische Vergangenheit wollen wir im historischen Stadtbild stärker sichtbar machen.

Unsere Grundwerte und die christlich abendländische Kultur sind für uns heute die entscheidenden Wegweiser beim Eintritt in die sogenannte Wissensgesellschaft. Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel kann nur auf der Basis dieser Werte erfolgreich gestaltet werden.

Für uns hat daher **Wertevermittlung** einen hohen Stellenwert. Dabei ist Schule ein Ort, an dem erlebt werden kann, wie soziale Kompetenz und Verantwortung einhergehen mit Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit. Die Vermittlung von Grundlagen und Werten von Staat und Gesellschaft gehören zu den herausragenden Aufgaben. Wir werden ein **Wahlpflichtfach Religion - Ethik/Philosophie** für alle Schüler einführen. Der Religionsunterricht wird in Verantwortung der Kirchen erteilt, aber unter staatlicher Aufsicht über Unterrichtsinhalte und Lehrpersonal gestellt. Für Schüler muslimischen Glaubens wollen wir den unter staatlicher Aufsicht und in deutscher Sprache erteilten islamischen Religionsunterricht mit informativen Charakter. Berlin ist ein besonderer Ort des Miteinanders der großen Religionen Christentum, Judentum und Islam.

Wissen ist heute die bedeutendste Ressource im Wettbewerb um die Zukunft. An unseren Schulen und Hochschulen entscheidet sich heute, wie wir morgen leben. Berlin ist auf dem Weg, eine **globale Stadt des Wissens** zu werden. In der Bildung wollen wir die Besten sein. Wir wollen, dass die in Berlin ausgebildeten Menschen überall beste Chancen haben. Unsere Universitäten sollen eine Sogwirkung entfalten, weit über Deutschland und über Europa hinaus.

Bei Bildung und Ausbildung darf nicht gespart werden. Es muss mehr – privates und öffentliches – Geld in den Bildungssektor investiert werden.

Wir wollen **Chancengerechtigkeit** verwirklichen. Deshalb wollen wir ein Bildungssystem, das Leistung fördert und dabei unterschiedlichen persönlichen Bedürfnissen und Begabungen gerecht wird. Intellektuelle, wissenschaftliche, praktische



und musische Begabungen sind gleichwertig. Wir bekennen uns zur Förderung von Eliten, ohne Vernachlässigung eines weit gefächerten Bildungsangebotes für alle.

Die Bildungseinrichtungen müssen heute nicht nur auf das Leben vorbereiten, sondern auch Grundlagen für lebenslanges Lernen schaffen. In der modernen Wissensgesellschaft sind Bildung und Weiterbildung Lebensaufgabe für alle. Unser Leitbild ist die **lernende Gesellschaft**.

Um eine optimale Forderung und Förderung der Berliner Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten, entwickeln wir die **Vielfalt des Berliner Schulsystems** weiter.

Wir wollen:

- in den Klassen 5 und 6 in Deutsch und Mathematik und in Klasse 6 in der ersten Fremdsprache die Schüler nach Leistungsgruppen differenzieren.
- die bedarfsgerechte Einrichtung von Express-Abitur-Zügen.
- die bedarfsgerechte Einrichtung von fünften und sechsten Klassen an Gymnasien und Realschulen mit moderner Fremdsprache, Latein und bilingualen Zügen.
- die besondere Förderung von Begabten und Hochbegabten.
- eine Qualitätssicherung durch zentrale, vergleichbare Abschlussprüfungen für die mittlere Reife und das Abitur.
- die höhere Verbindlichkeit des Grundschulgutachtens beim Übergang zur Oberschule.
- eine angemessene und vergleichbare personelle und sachliche Ausstattung der Sonderschule und der Integrationsklassen.
- Erhalt von Vorklassen an Schulen.

Schulen in freier Trägerschaft sind eine wertvolle Bereicherung unserer Schullandschaft. Die pädagogische Freiheit dieser Schulen muss erhalten bleiben. Die öffentlichen Zuschüsse dürfen nicht gekürzt werden. Die Gründung von Privatschulen wollen wir erleichtern.

Wir werden die Schulen ermutigen, sich ein **eigenes pädagogisches Profil** zu geben. Daher wollen wir:

- den Erhalt aller Schulen besonderer pädagogischer Prägung, einschließlich der altsprachlichen Gymnasien.
- die Aufnahme der Europa-Schulen in das Regelangebot der Berliner Schulen.
- eine verstärkte Zusammenarbeit mit Sportvereinen, Einrichtungen der Jugendhilfe und ehrenamtlichen Organisationen.
- die Aufwertung der Hauptschule durch stärkere Praxisorientierung mit betrieblichen Praktika, Kooperationen mit Oberstufenzentren und Lernen an außerschulischen Orten.

Wir werden die **Eigenverantwortlichkeit** der Schulen erhöhen und die Stellung des Schulleiters stärken. Die Schulen sollen im Rahmen der zugewiesenen Sach- und Personalmittel eigenverantwortlich planen und gestalten können. Wir wollen die Anwerbung von Fremdmitteln durch Sponsoring ausweiten. Die Schulleitung muss eine Mitsprache bei Stellenbesetzungen haben. Die Gesamtkonferenz fungiert als das zentrale Schulgremium.



Wir werden die Sanierung der Schulgebäude konsequent fortsetzen sowie die personelle und sachliche Ausstattung für Schule und Unterricht verbessern. Dem nach wie vor zu hohen Unterrichtsausfall sagen wir den Kampf an. Wir sprechen eine **Unterrichtsgarantie** aus. Diese lösen wir ein durch:

- schnelle Vertretungsregelungen, auch durch Honorarmittel in den Schulen.
- die Einstellung von jungen Lehrkräften und jährlich mindestens 1000 Referendaren und Lehramtsanwärtern.

Wir werden die **Grundqualifikationen** auf die Anforderungen der heutigen Zeit ausrichten, durch:

- die Stärkung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts durch eine Anhebung der Stundentafel in der Oberschule.
- Ausbau des Fremdsprachenangebots der Berliner Schulen.

Wir werden die Schulzeit bis zum **Abitur auf 12 Jahre verkürzen** und damit einen wichtigen Beitrag leisten, dass in Deutschland ausgebildete junge Menschen auch international wettbewerbsfähig sind.

Die Schule kann auch einen besseren Beitrag zur **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** leisten. Daher werden wir die verlässliche Halbtagsgrundschule mit einer Beaufsichtigung in der Zeit von 07:30 Uhr bis 14:00 Uhr und mehr schulische Ganztagsangebote durchsetzen sowie das Netz der Schulstationen ausbauen.

Die **Integration** von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache werden wir verbessern, indem wir:

- Sprachtests vor Beginn der Grundschule und beim Übergang in die Oberschule einführen.
- verbindlich Förderklassen mit maximal 15 Schülern bei einem Anteil von über 30% Kindern ohne ausreichende Deutschkenntnisse einrichten.
- verstärkte Anstrengung in der Lehrerbildung, einschließlich der Anwerbung von zweisprachigen Lehrkräften unternehmen.
- begleitenden Sprachunterricht für Eltern von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache verwirklichen.

Die **Volkshochschulen** sind ein wichtiger Bestandteil in der Erwachsenen- und Weiterbildung. Ein ausreichendes und zeitgemäßes Lehrangebot werden wir sicherstellen. Die Angebote der Volkshochschulen müssen ebenso für alle bezahlbar bleiben, wie die der **Musikschulen**, die insbesondere für die Förderung musikalischer Talente in jungen Jahren unverzichtbar sind.

Die **Wissenschaft** hat eine herausragende Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Berlin. Wohlstand und wirtschaftliche Dynamik sind nur zu sichern, wenn der hohe Standard von Wissenschaft und Forschung erhalten wird und das vorhandene Potenzial konsequent für die Stärkung der Innovationskraft der Berliner Wirtschaft nutzbar gemacht wird. Der Wissenschaftsbetrieb sichert direkt und indirekt rund 65.000 Arbeitsplätze.

Wir werden die Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsfähigkeit unserer **Hochschulen** weiter erhöhen. Dazu brauchen sie mehr Autonomie, vor allem in Finanz- und Personalfragen, sowie eine bessere Verzahnung untereinander und mit der Wirtschaft. Das Berliner Hochschulgesetz werden wir in diesem Sinne reformieren.

In der Hochschulpolitik werden wir neue zukunftsöffnende Wege gehen. Wir wollen die **Freie Universität** langfristig in eine internationale Stiftungsuniversität umwandeln. In der Übergangszeit ist die Finanzierung des Lehr- und Forschungsbetriebs durch die öffentliche Hand zu gewährleisten.

Wir wollen die reichhaltige Forschungslandschaft weiter ausbauen und Berlins Hochschulen zu einem der attraktivsten Orte für Studierende und Wissenschaftler aus aller Welt machen. Die Berliner CDU hält an mindestens 85.000 ausfinanzierten **Studienplätzen** fest. Mittelfristig streben wir die Erhöhung auf 100.000 Studienplätze an, wobei eine Verlagerung der Studienplätze auf die Fachhochschulen erfolgen soll. Wir werden Nachwuchswissenschaftlern bei Erstberufungen verstärkt eine Chance geben.

Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um internationales Spitzenpersonal an Berlin zu binden. Dies erfordert verlässliche Rahmenbedingungen für die Hochschulen. Die **Hochschulverträge** sind ein wichtiger Beitrag für Planungssicherheit und ein bedeutender Schritt zur Stärkung der Hochschulautonomie und zur Hochschule der Zukunft. Gleichzeitig ist es möglich, durch geeignete Leistungsindikatoren einen steigenden Teil der Mittel im Wettbewerb der Hochschulen untereinander zu vergeben. Die drei Kunsthochschulen wollen wir ebenfalls in Vertragshochschulen umwandeln.

Wir werden sicherstellen, dass Berlin auch weiterhin internationale Spitzenleistungen im Bereich der **Hochschulmedizin** erbringt. Bedeutende Investitionsprojekte wie an beiden Standorten der Charité, am Universitätsklinikum Benjamin Franklin und am biomedizinischen Campus in Berlin-Buch müssen auch vor dem Hintergrund großer Herausforderungen für den Haushalt Berlins kontinuierlich fortgeschrieben werden. Das Modell einer Medizinischen Hochschule Berlin lehnen wir ab.

Es entspricht dem Wettbewerbsgedanken, wenn sich Studierende ihre Universitäten und Universitäten ihre Studierenden aussuchen können. Wir wollen daher die Abschaffung der Zentralen Vergabestelle für Studienplätze (ZVS).

Die CDU wird die **Fachhochschulen** und insbesondere die **Berufsakademie** weiter ausbauen. Sie haben sich bewährt, weil sie praxisnah ausbilden. Die Berufsakademie muss finanziell und personell in die Lage versetzt werden, für jeden Ausbildungsplatz, den die Wirtschaft anbietet, einen entsprechenden Studienplatz bereitzustellen.

Wir wollen die Internationalität der Abschlüsse erhöhen und dazu vermehrt Bachelor und Masterstudiengänge einführen. Unser Ziel ist es ferner, **Studienzeiten** und Prüfungszeiten, insbesondere bei Staatsprüfungen, rassistisch zu verkürzen. Auch eine Ausweitung der bestehenden „Freischuß-Regelungen“ bietet Studierenden die Möglichkeit, das Studium schneller und vielfach erfolgreicher abzuschließen. Für



Langzeitstudierende (Regelstudienzeit plus vier Semester) werden wir eine Sondergebühr von 500 Euro pro Semester einführen.

3. Bürger schützen, Verbrechen bekämpfen

Die Durchsetzung von **Recht und Gesetz** schafft Gerechtigkeit und sichert die Freiheit. Innere Sicherheit ist die Voraussetzung für Lebensqualität; ohne Sicherheit können Menschen sich nicht frei entfalten, bleibt die Freiheit auf der Strecke. Gerade im Bereich der inneren Sicherheit hat der Staat ohne Wenn und Aber seine Aufgaben zu erfüllen und sein **Gewaltmonopol** zum Schutz der Bürger einzusetzen.

Ohne Wahrung des **Rechtsbewusstseins** ist die innere Sicherheit gefährdet. Kriminalitätsbekämpfung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Alle privaten bzw. gesellschaftlichen Institutionen wie Familien, Schulen, Vereine, Kirchen, aber auch die Arbeitswelt und die Medien sind aufgefordert, sich mit den Ursachen von Kriminalität auseinanderzusetzen und durch vertrauensvolle Zusammenarbeit ihren Beitrag für ein menschliches Zusammenleben und Wertebewusstsein zu leisten. Die Ursachen der Kriminalität sind ebenso entschlossen zu bekämpfen wie ihre Folgen.

Nur wenn der Staat seiner Vorbildfunktion nachkommt, begünstigt er entschlossenes Hinsehen und couragiertes Eingreifen der Bürger. Wer anderen hilft, darf nicht der Dumme sein. Wir werden eine **Kultur des Hinsehens und des Helfens** fördern. Die Leistung derer, die Bedrohten und Opfern beistehen, muss in unserem Gemeinwesen stärker gewürdigt werden.

Gerichtsverfahren und Strafermittlung müssen in angemessener Frist erfolgen. Schnelle Vollstreckungsmöglichkeiten nach Gerichtsurteilen sind notwendig, um neue Kriminalität und eine Zwei-Klassen-Gesellschaft von Reich und Arm in der Durchsetzung von Ansprüchen zu vermeiden. Mit umfangreichen organisatorischen Veränderungen im Bereich von Staatsanwaltschaft und Gerichten wollen wir die Effektivität der Justiz erhöhen. Wir wollen gemeinsame Obergerichte mit Brandenburg einführen.

Wir werden den **Schutz der Bürger vor Verbrechen** verbessern. Dazu gehört auch, dass der Schutz der Bürger vor Straftätern Vorrang vor der Resozialisierung der Straftäter haben muss.

Wir stehen zu unserer **Polizei**. Kontinuierliche Fortbildung und die Ausstattung mit den modernsten Mitteln der Technik sind unerlässliche Voraussetzungen für den Erfolg polizeilicher Arbeit. Wir wollen auch weiterhin in die Sicherheit investieren, damit die Kriminalität wirksam bekämpft werden kann.

Daher werden wir sicherstellen, dass Polizei und Justiz personell, organisatorisch und finanziell so gut ausgestattet sind, dass ihnen die Wahrnehmung ihrer Aufgaben möglich ist. Wir fordern eine stärkere **Präsenz der grünen Polizei** im Stadtbild. Stellenstreichungen bei Polizei, Justiz, Feuerwehr und Verfassungsschutz lehnen wir ab.

Wir wollen den sogenannten **finalen Rettungsschuss** im Berliner Polizeigesetz regeln. Eine unklare Rechtslage darf nicht zu einer Belastung der eingesetzten Polizeibeamten und damit letztlich zu einem Sicherheitsrisiko werden.

Zur Bekämpfung der **organisierten Kriminalität** wollen wir die Wiedereinführung einer effektiven Kronzeugenregelung, bessere Regelungen zum Schutz gefährdeter Zeugen und eine verbesserte Bekämpfung der Geldwäsche. Zur Bekämpfung der zunehmenden Computerkriminalität werden wir eine Aus- und Fortbildungsoffensive starten und zusätzliche Spezialisten gewinnen.

Wir treten ein für die **Überwachung von Verbrecherwohnungen** mit modernsten Mitteln, um Verbrechen zu verhindern oder Straftäter fassen zu können. Datenschutz darf nicht zu Täterschutz werden.

Wir wollen die Ausweitung des **Unterbindungsgewahrsams** auf eine Dauer von bis zu 4 Tagen. Wer bei Großveranstaltungen eine Straftat begeht, muss damit rechnen, für die gesamte Dauer einer Veranstaltung an der Teilnahme gehindert zu werden. Chaoten dürfen keine Chance bekommen, in und außerhalb der Stadt Randalen zu machen.

Wir wollen Kriminalitätsschwerpunkte mit Videokameras überwachen. Das Mittel der **Videoüberwachung** ist geeignet, Straftäter wirksam abzuschrecken und Straftaten aufzuklären. Die Erfahrungen in anderen Städten zeigen, dass die Kriminalität dadurch spürbar zurückgedrängt werden kann.

Kriminelle Ausländer wollen wir ebenso konsequent abschieben, wie abgelehnte Asylbewerber. Wir werden auch nicht zulassen, dass ausländische Extremisten ihre Auseinandersetzungen in unserem Land austragen.

Die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Heranwachsende soll zum Regelfall werden. Dies entspricht der Verantwortungsfähigkeit dieser Altersgruppe. Für Kinder und jugendliche Serientäter, die schwerste Straftaten begangen haben, muss die Möglichkeit einer **geschlossenen Heimunterbringung** geschaffen werden.

Wir lehnen die **Entkriminalisierung** sogenannter Bagatelldelikte (z.B. Ladendiebstahl, Schwarzfahren, Besitz kleiner Mengen an Drogen) entschieden ab.

Wir nehmen **Sachbeschädigungen durch Graffiti-Schmierereien** nicht hin. Wir wollen den Straftatbestand der Sachbeschädigung klarer fassen, damit alle Graffiti-Schmierereien geahndet werden können. Die von Rot-Grün gestoppte Bundesratsinitiative der großen Koalition werden wir nach einem Wahlsieg sofort wieder aufnehmen.

Wir werden die **Drogenkriminalität** entschieden bekämpfen und wenden uns daher gegen eine Verharmlosung und Legalisierung sogenannter weicher Drogen. Wir werden Drogenabhängigen durch Beratung, Angebote zum Entzug sowie Therapie und Rehabilitationsmaßnahmen helfen, von ihrer Sucht loszukommen. Das in Berlin erfolgreich eingesetzte Methadonprogramm werden wir fortführen und insbesondere junge Menschen verstärkt über die Folgen des Drogenkonsums aufklären. Die Abgabe

von Heroin, die Einrichtung von „Fixerstuben“ und die Freigabe oder der Verkauf von Haschisch in Apotheken lehnen wir ab. Drogenhändler müssen mit der vollen Härte des Gesetzes rechnen.

Wir wollen, dass Kriminelle konsequent verfolgt, gestellt, überführt und unverzüglich ihrer Tat angemessen abgeurteilt werden. Damit die Strafe der Tat auf dem Fuße folgen kann, wollen wir die Möglichkeiten einer **schnellen richterlichen Vorführung** (beschleunigtes Verfahren) ausbauen.

Bei Haftstrafen ist zu gewährleisten, dass sie zügig angetreten werden können. Zu wenig **Haftplätze** und Überbelegungen dürfen kein Hemmnis für den Strafantritt sein. Wir werden deshalb das von Rot-Grün gestoppte Vorhaben des Neubaus einer Haftanstalt in Großbeeren sofort wieder aufnehmen.

Der **Verfassungsschutz** wurde reformiert und in die Senatsverwaltung für Inneres eingegliedert. Der Verfassungsschutz ist unverzichtbar für die Verteidigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Wir werden seine notwendige finanzielle und personelle Ausstattung sicherstellen.

Die ungeheure Tragweite des internationalen Terrorismus macht deutlich, daß wir erhöhte Anstrengungen unternehmen müssen, um wirkungsvoll den Gefahren für die innere und äußere Sicherheit begegnen zu können. In jedem Fall ist es ein fataler Irrweg, wenn denen, die für Sicherheit sorgen, die notwendige Unterstützung nicht oder nur halbherzig zukommt. CDU-Politik beinhaltet volle Unterstützung für Polizei, Justiz, Bundeswehr, Nachrichtendienste und Verfassungsschutz.

Wir werden jede Form von Extremismus von Links oder Rechts mit Entschiedenheit und allen rechtsstaatlich gebotenen Mitteln bekämpfen und unsere Demokratie schützen. Wir lehnen jede Form der politischen Zusammenarbeit mit Parteien aus dem radikalen oder extremistischen Spektrum ab und fordern alle demokratischen Parteien auf, dies ebenfalls und überall in Deutschland zu tun.

4. Unser Berlin – lebenswert, modern und mobil

Seit dem Fall der Mauer sind weite Teile Berlins neu entstanden. Täglich verändert sich das Gesicht unserer Stadt, in den Kiezen, vor allem aber in der Mitte. Die Friedrichstraße, der Potsdamer Platz, der Pariser Platz und bedeutende Teile der historischen Mitte sind zu einer Weltausstellung moderner Architektur geworden. Buchstäblich alle renommierten Architekten der Welt haben das neue Berlin mit ihren individuellen Handschriften geprägt und mitgestaltet. Wir sind stolz auf das Geleistete, auf die zahlreich erhalten gebliebenen Zeugen großer Baukunst vergangener Jahrhunderte, auf die gelungene Verbindung moderner und historisch gewachsener Strukturen. In diesem Geiste werden wir den Aufbau fortsetzen.

Das neue Berlin ist noch nicht vollendet. Zu den großen Stadtentwicklungsaufgaben gehört der Bereich um den **Alexanderplatz**. Wir wollen dort eine **lebendige City mit einer modernen und repräsentativen Architektur** verwirklichen. Ferner wollen wir die Aufwertung der Straße Unter den Linden durch eine stärkere Ausprägung des

Boulevard-Charakters. Gleichzeitig brauchen wir einen **Vorwärtsschub für die City-West**, mit einem eleganten Kurfürstendamm, attraktiven Breitscheidplatz und lebendigen Tauentzien. Wir werden dafür sorgen, dass die City-West als bedeutender Publikumsmagnet ihre Chancen voll nutzen kann.

Im neuen Berlin muss auch das **historische Berlin** seinen festen Platz haben. Die vordringlichen Aufgaben sind dabei für uns:

- der Wiederaufbau des Berliner Stadtschlösses mit historischer Fassade
- der Wiederaufbau der Bauakademie Schinkels
- die Neuerrichtung des Kommandantenhauses.

In der Stadtentwicklung setzen wir auf **moderne Zentren**, in denen sich die ganzen Facetten des Lebens mit Wohnen, Arbeiten und Freizeitgestaltung widerspiegeln. Für uns heißt Modernität vor allem, die Lebensbedürfnisse der Menschen mit einer attraktiven Bebauung zu verbinden.

Bei der Entwicklung Berlins als Hauptstadt muss es gelingen, auch künftig unsere Bezirke, unsere Stadtquartiere, unsere Kieze als Heimat für die Bürger zu gestalten und zu erhalten. Denn die großen Zukunftsperspektiven werden von den Menschen nur mitgetragen, wenn alle daran teilhaben können.

Es war immer diese Mischung aus Groß und Klein, aus 7 Städten, 69 Dörfern und zahlreichen Ortschaften, die Berlin liebenswert gemacht hat und auch weiterhin machen soll. Die Berliner CDU verfolgt eine **soziale und umweltgerechte Großstadtstrategie**. Dazu gehört, dass wir die kleinen Straßenzüge, die Wohnblöcke und die Wochenmärkte, die Hinterhöfe und Parks mit ihren Problemen nicht vernachlässigen, sondern ihre Schönheit Stück für Stück bewahren und wiederherstellen.

Der **Stadtbildpflege**, sauberen Straßen und Plätzen sowie dem Schutz und der Pflege von Grünanlagen messen wir hohe Bedeutung zu. Zur Steigerung der Lebensqualität in den Quartieren gehört auch die rasche Instandsetzung der Sportstätten und Schulen.

Die bauliche Sanierung und Erneuerung belasteter Innenstadtquartiere ist für ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung unabdingbar. Sanierung muss der sozialen Stabilisierung dienen. Wir begrüßen die Mischung von frei und sozial finanziertem Wohnungsbau unter einem Dach. Eine ausgewogene soziale Struktur wird mittelfristig auch zur wirtschaftlichen Stabilisierung führen. Dazu dient auch die Abschaffung der **Fehlbelegungsabgabe** und die Aufhebung von Belegungsbindungen. Das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnungen soll – mit Ausnahme des engen Innenstadtbereichs – aufgehoben werden, solange die Entspannungstendenzen auf dem Wohnungsmarkt anhalten.

Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften tragen eine besondere Verantwortung für die soziale Stadtgestaltung. Sie müssen insbesondere sozialen Problemlagen entgegenwirken.

Wir wollen Instandsetzung und sozialverträglich ausgestaltete **Modernisierung**. Dazu gehört, dass das Wohnen und Leben in der Stadt für die Menschen finanzierbar bleibt.

Es ist nicht hinnehmbar, dass **Sozialmieten** oberhalb der Vergleichsmiete liegen können. Diese Fehlentwicklung muss korrigiert werden. Ferner müssen die Wohnungsgesellschaften alle erdenklichen Maßnahmen ergreifen, um die Betriebskosten zu senken.

Die Berliner CDU will das **Wohngeld** ausweiten. Das Wohngeld ist ein wichtiges Instrumentarium der sozialen Wohnungspolitik. Es ist jedoch in den letzten Jahren den tatsächlichen Kostenentwicklungen nicht angepasst worden. Wir fordern von der rot-grünen Bundesregierung, dieses Versäumnis auszugleichen. Menschen, die wohnungslos sind, werden wir gezielt entsprechend den von uns initiierten Leitlinien mit Wohnraum versorgen.

Wir messen der **Wohnungseigentumsförderung** hohen Stellenwert bei. Wir wollen Eigentumsförderung für Neubauten und insbesondere im Rahmen des Bestandes. Soziale und umweltgerechte Großstadtstrategie bedeutet neben Sanierung und Wohnumfeldverbesserung auch den Erhalt bzw. die Wiederherstellung einer Mischung aus Handel, Gewerbe und attraktiver Gastronomie. Ein sachgerechtes **Quartiersmanagement** muss Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger, sowie Sauberkeit und Sicherheit in den Kiezen zum Ziel haben.

Wir wollen die **Eigeninitiative vor Ort** stärken. Die Bewohner sollen selbst aktiv sein können und in ihrem Quartier an der Entwicklung und Umsetzung von Lebensqualität erhöhenden wirtschaftlichen, sozialen, städtebaulichen und ökologischen Projekten beteiligt werden. Auch Stadtteilzentren und Nachbarschaftsheime spielen dabei eine wichtige Rolle. Wir wollen keine Steuerung und Bevormundung von Außen, sondern gelebte Mitverantwortung. „Im Kiez für den Kiez“, soll die Devise sein.

Wir setzen uns für den Erhalt der **Kleingärten** ein, die einen Beitrag zur Lebensqualität leisten und eine wichtige ökologische und soziale Aufgabe haben. Soweit möglich sind Kleingartenkolonien durch Bebauungspläne zu sichern.

Wir brauchen eine **Verkehrspolitik**, die Mobilität für alle Berlinerinnen und Berliner gewährleistet, ganz gleich mit welchem Verkehrsmittel sie sich fortbewegen.

Mit ideologisch geprägter Kleingeistigkeit lässt sich die Verkehrsentwicklung einer Metropole nicht gestalten. Eine exzellente Infrastruktur ist Voraussetzung für Berlins Wirtschaftswachstum. Die Bereitstellung sowie der Ausbau der notwendigen Infrastruktur schafft zigtausende von Arbeitsplätzen und damit Sicherheit und Zukunft für unsere Stadt.

Berlin wird wieder bedeutender **Verkehrsknotenpunkt Europas**, insbesondere zwischen Ost und West. Die Berliner CDU fordert daher Ausbau und Lückenschließungen von Straßen sowie Schienen- und Wasserwegen. Dabei sind die Verkehrsabläufe unter den Gesichtspunkten Sicherheit, Wirtschaftlichkeit, Umweltschutz und Wohnqualität zu optimieren.

Die Metropolenfunktion des neuen Berlins bedingt einen neuen **Großflughafen**. Die CDU tritt ohne Wenn und Aber für den Bau des Großflughafens Berlin-Brandenburg-



International (BBI) und dessen Eröffnung im Jahr 2007 ein. Wir wollen, dass BBI eine Drehscheibenfunktion nach Nord- und Osteuropa ausübt. Eine Drehscheibenfunktion begünstigt internationale Direktverbindungen nach Asien und Nordamerika. Wir sehen BBI auch als Jobmaschine. Eine Öffnung rund um die Uhr darf daher auch aus Arbeitsplatzgründen kein Tabu sein. Wir werden eine qualifizierte Anbindung von BBI durch S-, U-, Regionalbahn sowie die Autobahn garantieren.

Den Flughafen **Tempelhof** wollen wir als zentrumsnahen Flughafen für besonders leise und schadstoffarme Maschinen außerhalb des Linien- und Charterverkehrs geöffnet halten. Am Flughafen **Tegel** muss weiter investiert werden, um in den kommenden Jahren eine reibungslose Abwicklung des Flugverkehrs zu gewährleisten.

Wir wollen, dass Berlin wieder eine **bedeutende Bahnstadt** und ein Eisenbahnknotenpunkt in Mitteleuropa wird. Dies setzt eine umfassende Anbindung an das nationale und internationale Schienenverkehrsnetz sowie die geplanten europäischen Hochgeschwindigkeitstrassen voraus. Nach dem Wegfall der Transrapidanbindung erwarten wir, dass der Ausbau der Schienennetze beschleunigt vorangetrieben wird.

Zur Bewältigung der enormen Verkehrsmassen ist ein engmaschiger und attraktiver **öffentlicher Personennahverkehr** unverzichtbar. Neben einer kinder- und familienfreundlichen Tarifstruktur bedeutet das für uns:

Den weiteren Ausbau des S-Bahnnetzes:

- Bau der S 21 als weitere Nord-Süd-Trasse mit direkter Anbindung an den neuen Lehrter Bahnhof,
- Anbindung der Bernauer S-Bahn-Trasse an die Nord-Süd-Trassen,
- Verlängerung der S 25 bis Teltow,
- Verlängerung der S-Bahn von Bhf Wartenberg über den Berliner Außenring zum Bhf Karower Kreuz,
- Fortführung der S-Bahn von Spandau nach Falkensee.

Investitionen in die Leistungsfähigkeit und in den weiteren Ausbau des U-Bahnnetzes:

- Rechtzeitig zur Inbetriebnahme des neuen Großflughafens Schönefeld muss die U 7 dorthin verlängert werden,
- Fertigstellung der U 5 - Verlängerung vom Alexanderplatz zum S-Bhf Turmstraße mit direkter Anbindung an den neuen Lehrter Bahnhof,
- Mittel- bis langfristig ist der Ausbau weiterer U-Bahnlinien zu realisieren, wie z.B. die Verlängerung der U9 in nördliche und südliche Richtung.

Eine vorausschauende Verkehrsplanung muss sowohl für den Schienen- als auch für den Straßenverkehr die vorgesehenen Trassen freihalten.

Die vorhandenen **Straßenbahnstrecken** wollen wir modernisieren. Netzausdehnungen durch Neubau setzen allerdings eine verkehrliche Notwendigkeit voraus. Diese ist in der Leipziger Straße und in der Bernauer Straße nicht gegeben.

Wir wollen einen möglichst fließenden und damit effizienten wie umweltverträglichen Verkehr in Berlin. Wir werden die notwendigen **Straßenbauvorhaben** durchsetzen. Dies gilt insbesondere für:



- den Aus- und Neubau der B101 bis zum Munsterdamm in Tunnellage.
- die Schließung des inneren Straßenrings im Bereich der Bernauer Straße.
- die Weiterführung der tangentialen Verbindung Ost (Altstadtfahrt Köpenick)
- den Bau der Nordtangente.
- die Anbindung des Tiergartentunnels an das Schöneberger Autobahnkreuz.
- den Ausbau der Bundesstraßen 96 und 158 in Abstimmung mit dem Land Brandenburg.

Im Interesse eines besseren Verkehrsflusses werden wir den **Schilderwald** an Verkehrszeichen drastisch durchforsten und den **Grünen Pfeil** vermehrt einsetzen.

Die flächendeckende Parkraumbewirtschaftung lehnen wir ab.

Tempo 30-Zonen wollen wir nur dort, wo sie notwendig und sinnvoll sind.

Straßen sind nicht nur fürs Auto da. Auch Fußgänger, Radfahrer und Skater müssen ihr Recht bekommen durch ausreichend dimensionierte Gehwege, gesonderte Fahrstreifen oder Wege für den Radverkehr und eine Konzeption, die die Integration von Skatern in den Stadtverkehr ermöglicht.

Das **Autobahnnetz** in Berlin wollen wir so schnell wie möglich hauptstadttauglich machen. Dazu werden wir den Weiterbau des Innenrings A100 vom Dreieck Britz bis zur Landsberger Allee zeitnah durchsetzen. Die A113 – Teltowkanaltrasse von Neukölln bis nach Schönefeld - wird bis 2006 fertiggestellt.

Wir werden das **Brandenburger Tor** für den PKW-Verkehr dauerhaft freigeben und sicherstellen, dass die Französische Straße bis zur Ebertstraße durchgebaut wird.

Erholungsgebiete wie **Havelchaussee oder Regattastrecke** wollen wir auch weiterhin motorisiert erreichen können. Die notwendigen Wasserschutzmaßnahmen werden wir zügig durchführen.

Wir werden die **Umsteigebeziehungen** im Interesse von Pendlern und Besuchern weiter optimieren und großzügige P&R-Anlagen an vielen S- und U-Bahnstationen anbieten. Wenn das Angebot gut ist, werden viele Verkehrsteilnehmer auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen.

Für uns ist der Gedanke der **Nachhaltigkeit** fester Bestandteil der Politik. Wir wollen alle Anstrengungen unternehmen, dass Berlin seinen Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz tatsächlich erbringt. Alle Maßnahmen der Energieeinsparung werden wir konsequent verfolgen. Durch die Optimierung von Anreizsystemen und die Erhöhung des Anteils an regenerativen Energien. Das Berliner Umweltrecht muss überschaubarer und praktikabler gemacht werden.

5. Soziales Berlin – ein solidarisches Miteinander in einer freiheitlichen Gesellschaft

Solidarität und Hilfsbereitschaft sind die Grundpfeiler einer menschlichen Gesellschaft. Wir wollen, dass die Menschen untereinander solidarisch sind, damit der Einzelne die Hilfe der Gemeinschaft nur dann in Anspruch zu nehmen braucht, wenn er sich selbst nicht mehr helfen kann. Soziale Verantwortung beinhaltet für uns Christdemokraten deutlich mehr, als dass der Sozialstaat Geld verteilt. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen Rücksicht aufeinander nehmen; eine sozial faire Gesellschaft, in der alle gebraucht werden.

Integration statt Ausgrenzung, so verstehen wir soziale Verantwortung. Die Schwächeren gehören in unsere Mitte, Kranke müssen optimal versorgt werden, Behinderte dürfen nicht ausgegrenzt und Ältere nicht abgeschoben werden, Mütter und Väter verdienen mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung für ihre Leistungen. Wir brauchen mehr Jobs für den Wiedereinstieg ins Arbeitsleben. Die Aufgaben sind vielfältig.

Der Staat kann und soll diese Aufgaben nicht alle selbst wahrnehmen. Die **Wohlfahrtsverbände und freien Träger** sind unverzichtbarer Bestandteil des sozialen Netzes in Berlin. Deshalb sind ihre bedarfsgerechten Angebote durch Leistungsverträge abzusichern. Wer ein **Ehrenamt** wahrnimmt – wie unzählige Berlinerinnen und Berliner im Bereich Sport, Soziales, Umwelt, Natur oder Tierschutz - und **bürgerschaftliches Engagement** zeigt, soll mehr Anerkennung erhalten und rechtlich abgesichert sein. Wir wollen deshalb ein Landesgesetz zur Förderung des Ehrenamtes.

Die materiellen Hilfen müssen auf diejenigen konzentriert werden, die sie wirklich benötigen. Wir werden **Sozialbetrug** entschieden bekämpfen, damit das Geld dort ankommt, wo es wirklich gebraucht wird.

Keimzelle unserer Gesellschaft ist und bleibt die **Familie**. Familie erscheint heute in unterschiedlichen Formen. Ihnen allen gemein ist, dass mindestens zwei Generationen zusammenleben und dabei Eltern oder Elternteile für Kinder oder Kinder für ihre Eltern Verantwortung übernehmen.

Die Familie wird die CDU mit ihrer Politik stützen und stärken. Berlin soll eine kinder- und **familienfreundliche** Stadt sein.

Familien dürfen keine zusätzlichen Lasten auferlegt werden und Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Im Gegenteil: Es gilt die von Familien erbrachten Leistungen besser zu honorieren. Die Berliner CDU spricht sich für eine neue Familienförderung in Form eines **Familiengeldes** von mindestens 600,- € pro Monat aus.

Wir setzen uns für die gesellschaftliche Anerkennung der **Familienarbeit** ein. Mütter und Väter, die sich ganz der Familie widmen, leisten einen wertvollen Dienst für die Gemeinschaft.

Zum lebenswerten Berlin gehören familienfreundliche Kultur- und Freizeitangebote, wie der Ausbau des Familienpasses und seine Ausdehnung auf Brandenburg, familiengerechte Tarife bei den Verkehrsbetrieben sowie ein gesichertes Angebot an Familienerholungsmaßnahmen.

Wir wollen die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** verbessern. Dabei sind auch die Unternehmen gefordert. Die Politik muss die Rahmenbedingungen verändern:

- flexible Arbeitszeitmodelle und Teilzeitarbeit ermöglichen und unterstützen.
- den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder bis zum Ende der Grundschulzeit prüfen.
- mehr Kinderbetreuungsangebote, die den unterschiedlichen Bedarfslagen von Müttern und Vätern nach flexiblen Betreuungszeiten und Ganztagsbetreuung Rechnung tragen. Dazu gehören die Bereitstellung von Angeboten für Kinder im Krippenalter, Flexibilisierung der Öffnungszeiten von Kindertagesstätten, modellhafte Erprobung von Betreuungsmöglichkeiten auch über Nacht (für Schichtdienst leistende Elternteile), bedarfsgerechte Erweiterung des Hortplatzangebotes und gesteigerte Kapazitäten der hortähnlichen Betreuung und des Ganztagsangebotes an Grundschulen.
- qualifizierte Familienberatung und Familienbildungsmaßnahmen finanziell besser absichern.
- ein familienfreundliches Wohnumfeld schaffen.

Wir wollen ein Berlin, in dem sich Frauen und Männer ihre Aufgaben partnerschaftlich und fair teilen. Frauen und Männer müssen gleiche Chancen zur Einstellung und zum Aufstieg im Beruf haben. Alle Verantwortlichen sind gefordert, die **Gleichberechtigung** zu verwirklichen.

Wir tolerieren und unterstützen alle **Lebensformen**, in denen Menschen füreinander Verantwortung tragen. Doch der besondere Schutz des Grundgesetzes gilt Ehe und Familie. Daran halten wir fest.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle **Generationen** ihren Platz haben. Nur gemeinsam machen die Kraft der jungen Menschen und die Lebenserfahrung der Älteren unsere Gesellschaft stark und stabil.

Wir wenden uns gegen die Ausgrenzung **älterer Menschen**, auch und gerade auf dem Arbeitsmarkt. Niemand darf wegen seines Alters aus einem Beschäftigungsverhältnis herausgedrängt werden. Wir brauchen mehr Weiterbildung mit 50 und weniger erzwungenen Vorruhestand.

Auch im höheren Lebensalter haben Menschen das Recht, ihre Lebensentwürfe zu verwirklichen. Die Berliner CDU hat deshalb die „Leitlinien für eine zukünftige Seniorenpolitik“ initiiert und sorgt für deren Umsetzung.

Wir wollen, dass ältere Menschen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung selbständig leben können. Deshalb setzen wir uns für ein ausreichendes kieznahe Angebot der verschiedenen Wohnformen – von der Familienwohnung bis zum Pflegeheimplatz – ein.



Für die **Pflege** gilt „ambulant vor stationär“. Die Qualität muss verbessert und kontrolliert werden. In Pflegeheimen sollen Fürsprecher die Interessen der Bewohner vertreten können. Die **Hospizbewegung** unterstützen wir weiter aktiv. Notwendig sind mehr Kapazitäten und der Erhalt der „Zentralen Anlaufstelle Hospiz“.

Die **Jugend** ist unsere Zukunft. Wir wollen, dass Berlin jungen Menschen alle Chancen bietet, aus ihrem Leben etwas zu machen. Wir wollen sie ermutigen, sich am öffentlichen Leben aktiv zu beteiligen. Das bedeutet:

- wir brauchen bedarfsgerechte Angebote in der Jugendarbeit auf der Grundlage einer Gesamtjugendhilfeplanung
- wir werden das Engagement von Jugendlichen im Rahmen des freiwilligen ökologischen Jahres und des freiwilligen sozialen Jahres unterstützen und fördern
- für Kinder und Jugendliche nichtdeutscher Herkunft sind verstärkt bedarfsgerechte Integrationsmaßnahmen zu entwickeln
- die politische Jugendbildung ist in Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden gezielt auszubauen, um extremistischen Tendenzen vorzubeugen, aber auch, um über Sekten aufzuklären.

Die Berliner CDU ist sich der **Bedeutung des Sports** mit seiner gesundheitlichen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Komponente voll bewusst. Berlin und seine Bewohner sollen fit sein für die Zukunft – in jeder Hinsicht.

Wir wollen dem Sport in seiner ganzen Vielfalt gerecht werden und daher jede Art von Sport - traditionelle Sportarten wie Trendsport -, den Breitensport wie den Leistungssport mit Nachdruck fördern. Wir werden uns mit Nachdruck um nationale und internationale Großereignisse bewerben. Für das Deutsche Turnfest 2005 werden wir eine angemessene Finanzausstattung sicherstellen.

Das Sportwahrzeichen Olympiastadion wird zügig saniert. Genauso werden wir darauf achten, dass die „Alte Försterei“ dem 1. FC Union als vorzeigbares Heimstadion dienen kann. Das Hallenangebot soll durch eine privat finanzierte Großsporthalle mit einer Kapazität von mindestens 20.000 Plätzen ergänzt werden.

Schwimmbäder sind für den Schul-, Vereins- und Breitensport unverzichtbar. Wir werden dafür sorgen, dass ein flächendeckendes Angebot an Bädern sichergestellt werden kann.

Wir werden es den Vereinen ermöglichen, die öffentlichen Sportanlagen auch weiterhin kostenfrei zu nutzen. Im Rahmen des Programms „Schule und Verein“ wollen wir die Öffnung von Schulhöfen am Nachmittag sowie in den Ferien für sportliche Betätigung der Jugend. Wir werden dafür sorgen, dass dem **Schul- und Sportanlagenanierungsprogramm** wenigstens 100 Mio. DM pro Jahr zur Verfügung stehen.

Wir werden den körperlich, geistig und seelisch **behinderten Menschen** helfen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbstbestimmt zu leben. Das auf unsere Initiative hin verabschiedete, bundesweit erste Gesetz zur Gleichberechtigung von Menschen mit

und ohne Behinderung ist lückenlos umzusetzen. Besonderes Handeln erfordert aus unserer Sicht derzeit, dass

- in allen Bezirken Behindertenbeauftragte gewählt werden, die stellen- und sachmittelmäßig vergleichbar ausgestaltet sind.
- der behindertengerechte Ausbau des ÖPNV weiter voran getrieben wird.
- umgehend der Studiengang Gebärdendolmetscher eingerichtet wird.

Ein modernes **Gesundheitswesen** schafft nicht nur eine qualitativ hochwertige Versorgung, sondern hat auch großes wirtschaftliches Gewicht. Es sichert zahlreiche Arbeitsplätze und ist ein Wachstumsmarkt der Zukunft.

Der **medizinische Fortschritt** muss auch künftig allen zu Gute kommen. Wir verurteilen daher die Tatenlosigkeit der Bundesregierung, die die Krise des Gesundheitswesens ignoriert und damit die Zwei-Klassen-Medizin bewusst in Kauf nimmt. Wir werden uns dafür stark machen, dass die strikte Budgetierung und Rationierung von Gesundheitsleistungen abgeschafft wird. Wir wollen, dass alle Versicherten in jedem Monat des Jahres die notwendigen ärztlichen Leistungen und Medikamente im Rahmen der solidarischen Krankenversicherung in Anspruch nehmen können.

Wir fordern eine grundlegende Gesundheitsstrukturreform, da die fehlenden Entscheidungen auf Bundesebene immer mehr zu unüberwindlichen Hemmschuhen für die Gesundheitspolitik im Land Berlin werden.

Die Berliner CDU steht für eine leistungsstarke, patientenorientierte und finanzierbare Gesundheitsversorgung in der Stadt. Bei den anstehenden Veränderungen im stationären Bereich werden wir

- die wohnortnahe regionalisierte Grundversorgung mit modernen zukunftsfähigen Krankenhäusern
- eine bedarfsgerechte Notfallversorgung der Berliner Bevölkerung
- die notwendigen Ausbildungsplätze in den gesundheits- und sozialpflegerischen Berufen sicherstellen.

Die **Feuerwehr** leistet wichtige Notfalldienste und rettet Leben. Wir werden ihre personelle und technische Ausstattung so sicherstellen, dass die Aufgabenerfüllung in vollem Umfang gewährleistet ist

Die **Sozialhilfe** ist ein unentbehrlicher Bestandteil der sozialen Sicherung. Sie tritt dort ein, wo andere Formen der sozialen Sicherung Schicksalsfälle des Lebens nicht abdecken können. Von demjenigen, der die Solidarität der Gemeinschaft erhält, darf auch erwartet werden, dass er im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit einen Teil an die Gemeinschaft zurückgibt. Wer sich unsolidarisch verhält und angebotene Arbeit ausschlägt, verliert seinen Leistungsanspruch.

Wir halten an dem Grundsatz fest, dass es besser ist, Arbeit zu finanzieren, als Sozialhilfe zu zahlen. **Allen arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern unter 30 Jahren** werden wir gezielt ein Arbeits- oder Qualifizierungsangebot unterbreiten.

Die Identität Deutschlands und seiner Hauptstadt Berlin ist geprägt durch unsere gemeinsame Geschichte, Sprache und Kultur sowie unsere freiheitlich demokratische Grundordnung. Für viele wurde Berlin Heimat, nicht zuletzt für eine große Zahl von deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern. Sie haben ihren Anteil am Aufbau Berlins und bereichern Berlin auch durch die Bewahrung ihrer Kulturgüter.

Die **Heimatvertriebenenverbände** leisten eine wertvolle Arbeit, die wir würdigen und unterstützen. Für die Integration von Kindern und Jugendlichen, die als **Spätaussiedler** mit ihren Familien zu uns kommen, ist das Erlernen der deutschen Sprache besonders vordringlich. Wir werden alles tun, damit das Ziel einer vollständigen Integration erreicht werden kann.

In Berlin leben, wohnen und arbeiten 485.000 Ausländer. 130.000 davon sind Türken. Wir sind stolz, dass Berlin eine so weltoffene und tolerante Stadt ist. Die CDU verurteilt jede Form von **Ausländerfeindlichkeit**.

Berlin wird in Zukunft in bestimmten Bereichen **Zuwanderung** von besonders qualifizierten Fachkräften brauchen. Andererseits ist die Aufnahmefähigkeit begrenzt. Deshalb soll auch die Rückkehr von Bürgerkriegsflüchtlingen nach Befriedung ihrer Heimat rasch erfolgen.

Wir fordern klare Regeln für Zuwanderung in den nächsten Jahren und ein schlüssige Konzeption für Integration. Die CDU sagt: Integration ja, Parallelgesellschaften nein.

Wir erwarten, dass die **Grundwerte** unserer Verfassung und Rechtsordnung, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, sowie die Werte unseres Zusammenlebens wie Respekt, Toleranz und Hilfsbereitschaft respektiert werden. Das Erlernen der deutschen Sprache erachten wir als zwingend. Wir unterstützen das holländische Modell (Sprach-, Integrations- und Alphabetisierungskurse) für Berlin.

Die Eingliederung in die deutsche Gesellschaft bedeutet indes nicht, die kulturelle und religiöse Herkunft aufzugeben. Auch der Islam als religiöse Lehre ist nicht – wie fälschlicherweise oft behauptet – ein Integrationshindernis; wohl aber der politische Islam (islamischer Gottesstaat). Daher werden wir keinen praktizierten politischen Islam in Berlin zulassen, schon gar nicht an den Schulen.

Mit Teamgeist und Gemeinschaftssinn

Vor uns stehen vielfältige Aufgaben. Sie sind alle lösbar, wenn wir mit Teamgeist und Gemeinschaftssinn an unserer Zukunft arbeiten.

Gerade die Wiederherstellung der Deutschen Einheit und der Weg in die Erweiterung der Europäischen Union schaffen neue Perspektiven. Wir können heute erreichen, was Generationen vor uns nicht zu träumen wagten: Ein Leben in gesicherter Freiheit und Frieden mit allen unseren Nachbarn. Auch den Kampf gegen den Terror können wir in Solidarität der freien und demokratischen Nationen gewinnen.

Doch nichts ist selbstverständlich. Die Zukunft liegt allein in unseren Händen. Wir können unsere historische Chance nutzen, wenn wir sie nicht durch unkalkulierbare Experimente gefährden.

Wir sind uns bewusst, dass Berlin Signalcharakter hat: Bei der Vollendung der Inneren Einheit, beim Zusammenfinden von Ost und West in Europa. Als Partei der Deutschen Einheit ist uns die Innere Einheit Herzensangelegenheit.

Für uns ist Innere Einheit nicht dann vollendet, wenn alle das gleiche denken oder fühlen. Unterschiedliche Lebensentwürfe sind ein Kennzeichen der Demokratie. Innere Einheit bedeutet gleiche Lebenschancen. Der Aufbau im Osten ist deshalb von der Inneren Einheit genauso wenig abzukoppeln wie Weiterentwicklungen im Westen.

Das von der CDU gegen große Widerstände durchgesetzte Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ (für Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst) ist der richtige Weg. Noch vorhandene Unterschiede in der Versorgung, der Anerkennung von Bildungsabschlüssen, in der Entlohnung und den Gebührenordnungen für Ärzte und Anwälte gilt es jetzt abschließend zu beseitigen.

Bei allem was uns auch heute noch trennt, ist der Prozess der Inneren Einheit weit vorangekommen. Wir freuen uns darüber, dass sich immer mehr ein Berliner Lebensgefühl mit identitätstiftender Verankerung in den Kiezen durchsetzt. Die Einteilung in „Ost“ und „West“ trifft jedenfalls das Lebensgefühl der überwiegenden Mehrheit heute nicht mehr.

Wir wollen Trennendes überwinden, denn es versperrt den Blick auf die Zukunft. Wir setzen auf Verbindendes, indem wir gemeinsam Ziele formulieren, die wir auch gemeinsam erreichen können: Ost und West, Jung und Alt, Starke und Schwächere.

Die Zukunft erfordert eine gemeinsame Plattform der Demokraten und ein eindeutiges Bekenntnis zu einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft. Wir brauchen das Bekenntnis zu einer solidarischen Gesellschaft, in der jeder seinen Platz finden kann.